

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Hillerich, Frau Rust und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1988

hier: Einzelplan 31

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

— Drucksachen 11/700 Anlage, 11/1073, 11/1081 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die verfassungsmäßigen Mitwirkungsrechte des Bundes bei der Bildungsplanung (Artikel 91 b GG) sollen vorrangig zum Abbau von Chancengleichheiten im Bereich von Bildung und Berufsbildung genutzt werden.
2. Ein neuer Schwerpunkt soll deshalb die finanzielle Förderung von Versuchs- und Modelleinrichtungen, -programmen sowie Forschungsvorhaben sein, die zum Abbau der gesellschaftlichen und beruflichen Diskriminierung von Frauen und Mädchen beitragen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, insbesondere zu fördern:

- die Entwicklung von didaktisch/pädagogischen Konzepten und Modellversuchen für eine frühzeitige Berufsorientierung von Mädchen aller Schulstufen und -formen unter besonderer Berücksichtigung der Problematik ihrer bereits sehr früh erfolgten Doppelorientierung auf Berufs- und Familienarbeit.

Hierzu gehören auch solche Konzepte, die sowohl für Jungen als auch für Mädchen eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit der durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft vorhandenen ungleichen Arbeitsbelastung fördern wollen (8 Mio. DM);

- die Weiterentwicklung von Konzepten und Programmen zur beruflichen Förderung von Frauen während ihrer Familienarbeitsphasen mit dem Ziel, der ständigen Entwertung beruflicher Qualifikationen von Frauen durch Unterbrechung ihrer Berufsarbeit entgegenzuwirken (30 Mio. DM);
- die Weiterentwicklung von Konzepten und Programmen zur Förderung und Unterstützung von Frauen, die nach fami-

lienbedingten Unterbrechungen ihrer Berufsarbeit wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen wollen (80 Mio. DM);

- die Entwicklung von Konzepten und Einrichtungen, durch welche die Möglichkeit von Frauen, sich im Rahmen allgemeinbildender und politischer Bildungsarbeit mit ihrer gesellschaftlichen Rolle auseinanderzusetzen, verstärkt wird (z. B. Frauenkulturzentren, Frauenakademien) (60 Mio. DM).

Bonn, den 26. November 1987

Frau Hillerich

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion